

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 27. Februar 1991

am Donnerstag, dem 28. Februar 1991

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beucher (SPD)	21	Rempe (SPD)	64, 65
Bierling (CDU/CSU)	32, 60	Dr. Rose (CDU/CSU)	16, 48
Dr. Brecht (SPD)	30, 31	Roth (SPD)	43
Frau Caspers-Merk (SPD)	17, 18	Frau Schenk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Erler (SPD)	19, 20	Schily (SPD)	33, 46
Ewen (SPD)	38, 39	Dr. Schmude (SPD)	49, 50
Frau Ferner (SPD)	57, 58	Frau Dr. Skarpelis-Sperk (SPD)	28, 29
Frau Gleicke (SPD)	36	Dr. Sperling (SPD)	22, 23
Frau Dr. Götte (SPD)	59	Frau Steen (SPD)	40
Großmann (SPD)	62, 63	Steiner (SPD)	51, 52
Grüner (FDP)	41, 42	Stiegler (SPD)	9, 56
Heistermann (SPD)	53, 54	Stockhausen (CDU/CSU)	13, 14
Henn (PDS/Linke Liste)	66, 67	Toetemeyer (SPD)	72, 73
Hinsken (CDU/CSU)	55	Verheugen (SPD)	76, 77
Frau Dr. Höll (PDS/Linke Liste)	8, 12	Wallow (SPD)	15, 74
Frau Kastner (SPD)	3, 61	Frau Walz (FDP)	1, 2
Frau Dr. Leonhard (SPD)	26, 27	Frau Weiler (SPD)	37
Lowack (CDU/CSU)	70, 71	Weis (Stendal) (SPD)	5, 75
Frau Dr. Lucyga (SPD)	44, 45	Frau Dr. Wetzel (SPD)	68, 69
Opel (SPD)	34, 47	Wittmann (Tännesberg) (CDU/CSU)	6
Paterna (SPD)	7, 35	Frau Wohlleben (SPD)	4
Pfuhl (SPD)	24, 25		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Senioren	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	13

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

1. Abgeordnete
**Frau
Walz
(FDP)**

In welchem Umfang beteiligen sich private Pflegedienste an der häuslichen/ambulanten Pflege?
2. Abgeordnete
**Frau
Walz
(FDP)**

Welche Initiativen zur Qualitätssicherung und Kontrolle kann die Bundesregierung ergreifen, um einen Wildwuchs unter den privaten Pflegediensten zum Schaden und Nachteil der Pflegebedürftigen zu verhindern und die seriösen Anbieter unter den privaten Pflegediensten zu stützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Senioren

3. Abgeordnete
**Frau
Kastner
(SPD)**

Welche Schritte plant die Bundesregierung, um den rechtlichen Beurteilungsspielraum bei der Anrechnung der Leistungen der Krankenkassen nach §§ 55, 56 und 57 SGB V auf das Pflegegeld nach § 69 BSHG auszufüllen, und wie beurteilt sie die bisher häufig praktizierte Umsetzung der vollen Anrechnung durch den Sozialhilfeträger?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

4. Abgeordnete
**Frau
Wohlleben
(SPD)**

Beabsichtigt die Bundesregierung, die im Einigungsvertrag getroffene Regelung, daß ab 1. Januar 1991 Arbeitnehmer nur am Ort ihrer Arbeitsstätte krankenversichert sein können, unverändert beizubehalten oder will sie für langjährig in den alten Bundesländern Krankenversicherte, die eine Arbeitsstelle in den beigetretenen Bundesländern angenommen haben, eine Möglichkeit schaffen, weiter in den alten Bundesländern krankenversichert zu sein und dadurch auch ärztlich behandelt zu werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

5. Abgeordneter
Weis
(Stendal)
(SPD)
- Welche Erkenntnisse besitzen die Bundesministerien der Verteidigung und für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über die derzeitigen ökologischen Schäden in der Golfregion, das heißt im Irak, in Kuwait, im nördl. Saudi-Arabien und im Persischen Golf, wobei nicht allein die Schäden, die durch den Ausfluß von Öl im Persischen Golf entstehen und entstanden sind, gemeint sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post
und Telekommunikation**

6. Abgeordneter
Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundespost die von ihr vertriebenen Paketverpackungen einzeln in Folien einschweißt, und wie gedenkt die Bundesregierung dafür zu sorgen, daß die Bundespost künftig auf diese umweltfeindliche Verpackung verzichtet?
7. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Beabsichtigt der Bundesminister für Post und Telekommunikation nach Kenntnis der Bundesregierung, die ihm gegenwärtig zur Genehmigung vorliegenden, vom Aufsichtsrat der GD Telekom beschlossenen Zugangstarife zum Telefonnetz und Mietleitungstarife für den D-2-Mobilfunkbetreiber zu genehmigen, und wenn nicht, welche Kriterien und welches Kostendeckungsprinzip liegen dieser Prüfung dann zugrunde?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

8. Abgeordnete
Frau
Dr. Höll
(PDS/Linke Liste)
- Besteht in der Bundesrepublik Deutschland eine geltende Rechtslage, die eine Weiterbeschäftigung von in Jugendweihekommissionen tätigen oder tätig gewesenen Lehrern im Schuldienst ausschließt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

9. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- In welchem Zeitraum werden die nach den Grundsätzen der sozialen Zonenrandförderung beantragten Sportfördermittel der Sportvereine im ehemaligen Zonenrand- und Grenzgebiet erfüllt werden, und nach welchen Entscheidungskriterien werden noch Förderungsanträge angenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

10. Abgeordnete
Frau Schenk
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Artikel 2 Abs. 1 (freie Entfaltung der Persönlichkeit) und der Artikel 3 Abs. 3 (Gleichheitsgrundsatz) Grundgesetz das Recht von Frauen auf eine lesbische Lebensweise gewährleisten, und wie steht die Bundesregierung zu der Forderung, beispielsweise vom Runden Tisch der ehemaligen DDR, den Artikel 3 Abs. 3 um das Diskriminierungsverbot wegen der sexuellen Orientierung zu erweitern?
11. Abgeordnete
Frau Schenk
(BÜNDNIS 90/
GRÜNE)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Vorgang, bei dem die Deutsche Krebshilfe e. V. eine Mitarbeiterin, deren lesbische Lebensweise öffentlich bekannt wurde, mit dieser Begründung ihrer repräsentativen Aufgaben enthoben und sie in den Innendienst versetzt hat, im Einklang steht mit dem Grundrecht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2 Abs. 1 GG) und mit dem Gleichheitsgrundsatz (Artikel 3 Abs. 3 GG), und leitet die Bundesregierung aus diesem Vorgang die Notwendigkeit ab, Artikel 2 Abs. 1 und Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz in bezug auf die lesbische Lebensweise durch ein Gesetz zum Verbot der Diskriminierung von Lesben in allen Lebensbereichen zu konkretisieren?
12. Abgeordnete
Frau Dr. Höll
(PDS/Linke Liste)
- Wie ist es mit dem Grundgesetz – Artikel 4 (Glaubens- und Bekenntnisfreiheit) – vereinbar, daß Lehrern in unserem Lande durch amtlichen Erlaß verboten werden kann, in ihrer Freizeit Jugendliche, die über 14 Jahre alt sind und sich einer freigeistigen Weltanschauung zuwenden, bei der inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung von Jugendweiheveranstaltungen zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- | | |
|--|---|
| 13. Abgeordneter
Stockhausen
(CDU/CSU) | Ich frage die Bundesregierung, ob es zutrifft, daß Beschäftigte in volkseigenen landwirtschaftlichen Betrieben bei Entlassungen bis zu 36000 DM Übergangsgeld erhalten? |
| 14. Abgeordneter
Stockhausen
(CDU/CSU) | Welche Gründe sind maßgebend, daß an den früheren innerdeutschen Grenzübergängen die sehr verschwenderische Beleuchtung auch heute noch aufrechterhalten wird? |
| 15. Abgeordneter
Wallow
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung das Resultat des von der Stadt Bonn in Auftrag gegebenen Prognos-Gutachtens, nach dem die Verlegung des Sitzes von Deutschem Bundestag und Bundesregierung nach Berlin bis zu ca. 60 Milliarden DM kosten soll, und welche Konsequenzen werden daraus gezogen? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, bei den im Zuge der Truppenreduzierung notwendigen Standortveränderungen neben dem Aspekt der Bevölkerungsakzeptanz auch die finanzielle Frage des Verkaufserlöses von Grundstücken in Großstädten zu berücksichtigen? |
| 17. Abgeordnete
Frau
Caspers-Merk
(SPD) | Kann die Bundesregierung bestätigen, daß bei der Entscheidung über die weitere Nutzung von Liegenschaften, die durch den Abzug der französischen Streitkräfte frei geworden sind, in Baden-Baden in einem konkreten Fall, die Städtische Wohnungsbaugesellschaft trotz ihres Bemühens, diese Liegenschaft für den sozialen Wohnungsbau zu erwerben, gegenüber einem privaten Interessenten nicht zum Zuge gekommen ist? |
| 18. Abgeordnete
Frau
Caspers-Merk
(SPD) | Wie vereinbart die Bundesregierung dieses Verhalten der Bundesvermögensverwaltung mit ihrer Versicherung, daß bei einem bestehenden kommunalen Bedarf entsprechende Liegenschaften bei Nutzung für den sozialen Wohnungsbau bevorzugt und mit einem Nachlaß von bis zu 15% von ihrem Verkehrswert abgegeben werden? |
| 19. Abgeordneter
Erlor
(SPD) | In wie vielen Fällen hat die Bundesvermögensverwaltung bereits bisher privaten Interessenten den Vorzug gegenüber kommunalen Wohnungsbaugesellschaften gegeben beim Erwerb von Liegenschaften, die durch den Abzug von alliierten Streitkräften oder durch Standortentscheidungen im Zusammenhang mit dem künftig reduzierten Umfang der Bundeswehr frei geworden sind? |

20. Abgeordneter
Erler
(SPD)
- Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß Liegenschaften, die durch den Abzug von alliierten Streitkräften oder durch Standortentscheidungen im Zusammenhang mit dem künftig reduzierten Umfang der Bundeswehr frei geworden sind, tatsächlich bevorzugt zur Lösung von Engpässen beim Angebot von Sozialwohnungen in den Kommunen bereitgestellt werden?
21. Abgeordneter
Beucher
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf die Treuhand einzuwirken, damit anstelle des Feriendienstes (FEDI), der größtenteils als einziger Anbieter die Verpflegung der Gäste vor Ort sicherstellte, nun andere Unternehmen diese Aufgabe übernehmen, z. B. indem die Ansiedlung kleiner und mittlerer Betriebe unterstützt wird?
22. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Wie viele der von der Treuhandanstalt durch Verkauf privatisierten Betriebe sind von inländischen (westdeutschen/ostdeutschen) und von ausländischen Unternehmen bzw. Großunternehmen und von kleinen/mittleren Unternehmen erworben worden?
23. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Worin liegen die Hauptschwierigkeiten für die Treuhandanstalt bei der Privatisierung (Verkauf und Rückgabe) ihrer Betriebe bzw. ihrer Grundstücke?
24. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen bzw. wird sie noch ergreifen, um die Hauptschwierigkeiten der Treuhandanstalt zu beseitigen?
25. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Macht die Treuhandanstalt verbindliche Auflagen über die Fortführung der Wirtschaftstätigkeit und die Zahl der zu erhaltenden Arbeitsplätze, wenn sie Betriebe durch Rückgabe an Alteigentümer oder durch Verkauf an andere private Interessenten privatisiert, und wie sehen diese Auflagen ggf. aus?
26. Abgeordnete
Frau Dr. Leonhard
(SPD)
- Nach welchen Kriterien entscheidet die Treuhandanstalt in ihrer praktischen Arbeit, ob ein Grundstück oder Betrieb an Alteigentümer zurückgegeben oder an andere Interessenten verkauft wird bzw. ob ein Betrieb saniert oder stillgelegt wird?
27. Abgeordnete
Frau Dr. Leonhard
(SPD)
- Wie viele Betriebe hat die Treuhandanstalt bis jetzt an frühere Eigentümer bzw. deren Erben zurückgegeben, durch Verkauf an private Unternehmen privatisiert, mit Eigenmitteln saniert oder stillgelegt?

28. Abgeordnete
**Frau
Dr. Skarpelis-Sperk**
(SPD)
- Nach welchen Kriterien und mit welchen Maßnahmen beteiligt sich bzw. wird sich die Treuhandanstalt an der Sanierung von Betrieben beteiligen?
29. Abgeordnete
**Frau
Dr. Skarpelis-Sperk**
(SPD)
- Hat die Treuhandanstalt die Möglichkeit, sich konzeptionell und finanziell an Sozialplänen sowie an Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften zu beteiligen, und inwieweit nutzt sie diese Möglichkeiten?
30. Abgeordneter
Dr. Brecht
(SPD)
- Was wird die Bundesregierung tun, um die unklare Rechtssituation bei belasteten und ehemals vom DDR-Staat rechtswidrig vereinnahmten Grundstücken aufzuheben?
31. Abgeordneter
Dr. Brecht
(SPD)
- Wie soll beim Verkauf von Häusern in den neuen Bundesländern verfahren werden, wenn einerseits die Hypothekenkonten bei den Sparkassen nicht mehr existieren, andererseits keine rechtsgültige Urkunde vorliegt, auf deren Grundlage die Belastung im Grundbuch gelöscht werden kann?
32. Abgeordneter
Bierling
(CDU/CSU)
- Bin ich richtig informiert, daß die ehemalige DDR, ihrer Gigantomanie und ihrem internationalen Reputationsbedürfnis geschuldet, im Ausland zahlreiche aufwendige Botschaften, Missionen, Handelsvertretungen und Kulturinstitute unterhielt, und wäre es nicht als Signal richtig, die aus dem Verkauf dieser Liegenschaften erzielten z. T. erheblichen Einnahmen den neuen Bundesländern öffentlichkeitswirksam zur Verbesserung ihrer derzeit ungenügenden Finanzausstattung zu übergeben?
33. Abgeordneter
Schily
(SPD)
- Haben Mitglieder der Bundesregierung Einfluß darauf genommen, daß von der Treuhandanstalt die Chemnitzer „Freie Presse“ der Medien Union GmbH des Verlegers Dieter Schaub, Ludwigshafen, und die Mitteldeutsche Zeitung in Halle dem Kölner Verleger Alfred Neven DuMont, Herausgeber des Kölner Stadtanzeigers, überlassen wurden (vgl. Bericht in dem Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“ 7/1991 S. 56 ff.)?
34. Abgeordneter
Opel
(SPD)
- Mit welchen Ausgaben, Einnahmen und Kreditaufnahmen rechnet die Bundesregierung für die jeweiligen neuen Bundesländer für 1991?
35. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung im Rahmen der nun doch beabsichtigten Steuererhöhungen, um die allseits als falsch bezeichnete Erhöhung der Postablieferung überflüssig zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

36. Abgeordnete
**Frau
Gleicke
(SPD)**
- Wie soll gewährleistet werden, daß die rund 18 000 Mitarbeiter des Feriendienstes (FEDI), die mit dem Konkurs ihres Unternehmens arbeitslos geworden sind, möglichst schnell eine Beschäftigung in ihrer Branche finden, der allgemein die besten Chancen eingeräumt werden, zu einem Motor der wirtschaftlichen Entwicklung zu werden?
37. Abgeordnete
**Frau
Weiler
(SPD)**
- Stimmt es, daß die Bundesregierung beabsichtigt, in den fünf neuen Bundesländern 100 Mio. DM für die Erweiterung des bestehenden Übernachtungsangebots im Bereich kleiner und mittlerer Anbieter zur Verfügung zu stellen, und wenn ja, wie sollen diese Mittel konkret eingesetzt werden?
38. Abgeordneter
**Ewen
(SPD)**
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, 10 Mio. DM für den Aufbau eines zentralen IRS (Informations- und Reservierungssystems) in den fünf neuen Bundesländern aufzubringen?
39. Abgeordneter
**Ewen
(SPD)**
- Ist die Bundesregierung bereit, die Ergebnisse der sogenannten Fried-Studie über den Aufbau eines zentralen IRS, die sogenannte Touristische Informationsnorm (TIN) so zu fördern, daß sie auch in den fünf neuen Bundesländern schnell einzusetzen ist, und ist die Bundesregierung ferner bereit, die Einführung von TIN auch in den Ländern der alten Bundesrepublik Deutschland finanziell zu unterstützen?
40. Abgeordnete
**Frau
Steen
(SPD)**
- Welche Hilfen zur Existenzgründung in den fünf neuen Bundesländern, insbesondere im Bereich Hotel und Gastronomie, hat die Bundesregierung vorgesehen, damit auch Personen, die die derzeit von den Banken geforderten hohen Sicherheiten nicht bieten können, in die Lage versetzt werden, eine selbständige Existenz zu gründen und die damit eine erhebliche Lücke im bestehenden Angebot schließen würden?
41. Abgeordneter
**Grüner
(FDP)**
- Welche Tatsachen oder nachrichtendienstliche Informationen rechtfertigen die Aussage, daß deutsche Firmen oder Einzelpersonlichkeiten mit dafür verantwortlich zu machen sind, daß der Irak über Chemiewaffen verfügt?
42. Abgeordneter
**Grüner
(FDP)**
- Trifft es zu, daß die seit Wochen verbreiteten Meldungen unzutreffend sind, wonach deutsche Techniker für die Reichweitenverlängerung der sowjetischen Scud-Raketen verantwortlich seien, durch die Israel mit chemiewaffenbestückten Geschossen zu erreichen wäre?

43. Abgeordneter
Roth
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die vom Bundesminister für Wirtschaft am 12. Februar angekündigten „aktiven Sanierungsstrategien“ für Treuhandbetriebe zu realisieren?
44. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lucyga**
(SPD) Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die vom Bundesminister für Wirtschaft angekündigte Vergabepräferenz für ostdeutsche Wohnungsbauunternehmen beim Bau von Wohnungen in der Sowjetunion für die aus der ehemaligen DDR zurückkehrenden sowjetischen Soldaten zu verwirklichen?
45. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lucyga**
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Unternehmen in den neuen Bundesländern durch eine Quotenregelung sicherzustellen, oder welche anderen Maßnahmen wird sie ergreifen, um Auftragsvergaben an ostdeutsche Unternehmen durch den Bund zu gewährleisten?
46. Abgeordneter
Schily
(SPD) Hat die Bundesregierung im Jahre 1991 Rüstungsexporte in Staaten genehmigt, die nicht der NATO angehören, insbesondere Rüstungsexporte der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) an Pakistan (vgl. Bericht des Magazins „DER SPIEGEL“, Ausgabe vom 18. Februar 1991, S. 114 f.)?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

47. Abgeordneter
Opel
(SPD) Wann plant die Bundesregierung, ihre Reduzierungspläne für die Bundeswehr bezogen auf die Struktur und Standorte bekanntzugeben?
48. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Chance des Pionierstandortes Passau, im Zuge der Verlagerung von Behörden, Truppen oder Kommandostrukturen Sitz der Pionierschule (bisher München) zu werden?
49. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD) Welche Erlöse aus dem Verkauf von Segmenten der „Berliner Mauer“ hat die Bundesregierung für die Zeit bis zum 2. Oktober 1990 und für die Zeit ab 3. Oktober 1990 eingenommen?
50. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD) Warum führt die Bundesregierung diese Beträge nicht den durch Beschluß des Ministerrats der DDR vom 2. Mai 1990 bestimmten Zwecken der Verbesserung der materiellen Bedingungen im Gesundheitswesen und der Denkmalspflege zu?

51. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Ich frage die Bundesregierung, aus welchen Gründen soll die ehemalige Militärtechnische Schule der Landstreitkräfte (MTS) in Prora auf Rügen, an der zivilberufliche Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt werden, zum 31. März 1991 geschlossen werden?
52. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Ist es vor dem Hintergrund der katastrophalen Lage auf dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern nicht unverantwortlich, eine qualifizierte Einrichtung, wie die in Prora, zu schließen?
53. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf auf Grund des Beschlusses des Verwaltungsgerichts Minden vom 14. Januar 1991 (10 L 953/90), die Fernschreiberlasse des Bundesministers der Verteidigung – VR I 8 vom 20. und 27. September 1990 –, wonach die sogenannten administrativen Wehrdienstausnahmen, wie sie durch die Regelungen geschaffen werden, fünfundzwanzigjährige Wehrpflichtige und solche, die für eine bestimmte Zeitdauer nichts mehr von ihrem zuständigen Kreiswehrrersatzamt gehört haben, seien rechtswidrig und unverbindlich?
54. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die als notwendig erkannte Einberufungsgrenze für Wehrpflichtige auf fünfundzwanzig Jahre herabzusetzen, gesetzlich zu regeln, um Rechtssicherheit herzustellen und dadurch den jungen Männern eine bessere Lebensplanung zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

55. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie viele Sonderzüge in diesem Jahr auf Grund von Personalproblemen nicht fahren können?
56. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Seite, unabhängig von dem Bau der Autobahn A 6 sofort und unverzüglich einen neuen Grenzübergang in Waidhaus und eine Ortsumgehung von Waidhaus in Angriff zu nehmen?
57. Abgeordnete
Frau Ferner
(SPD)
- Welche bestehenden Güterwagenausbesserungswerke werden nach Kenntnis der Bundesregierung betroffen sein, wenn die Deutsche Bundesbahn unter Beachtung der Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn eine bedarfsgerechte Anpassung ihrer Werke vornimmt, und in welchem Ausmaß?

- | | |
|---|--|
| 58. Abgeordnete
Frau
Ferner
(SPD) | Wie muß nach Ansicht der Bundesregierung die Altersstruktur der Belegschaft eines leistungsfähigen Bundesbahnausbesserungswerkes aussehen, um dessen Fortbestand zu sichern? |
| 59. Abgeordnete
Frau
Dr. Götte
(SPD) | Wie ist das Verhältnis von besetzten zu unbesetzten Ausbildungsplätzen in allen Güterwagenausesserungswerken der Deutschen Bundesbahn in absoluten Zahlen, und wie viele Arbeitskräfte wurden nach Abschluß ihrer Ausbildung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis im jeweiligen Werk übernommen? |
| 60. Abgeordneter
Bierling
(CDU/CSU) | Ist es möglich, den in den letzten Wochen auch bei geringem Schneefall wieder praktizierten umweltschädigenden und korrosionsfördernden Einsatz von Magnesiumchloridlauge im Straßennetz der neuen Bundesländer für den nächsten Winter zu untersagen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

- | | |
|---|--|
| 61. Abgeordnete
Frau
Kastner
(SPD) | Plant die Bundesregierung Strukturentwicklungsprogramme für strukturschwache Kommunen unmittelbar an der ehemaligen Zonengrenze, insbesondere im Bereich Wohnungsbauförderung, um diesen Kommunen mittelfristig aus dem teilungsbedingten Schattendasein herauszuhelfen, und wenn ja, in welchem Umfang? |
| 62. Abgeordneter
Großmann
(SPD) | Wie hat sich die Bautätigkeit (Fertigstellungen im Neubau, Investitionen in Modernisierung und Renovierung) in den neuen Bundesländern 1990 entwickelt? |
| 63. Abgeordneter
Großmann
(SPD) | Welche Fördermittel des Bundes zur Belebung der Bautätigkeit in den neuen Ländern sind bisher tatsächlich in Anspruch genommen worden? |
| 64. Abgeordneter
Rempe
(SPD) | Was tut die Bundesregierung über die bisher ergriffenen Maßnahmen hinaus, um einen weiteren Rückgang der Bautätigkeit in den neuen Bundesländern zu verhindern? |
| 65. Abgeordneter
Rempe
(SPD) | Wie hat sich die Beschäftigtenzahl in der Bauwirtschaft der neuen Länder im letzten Jahr entwickelt? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

66. Abgeordneter
Henn
(PDS/Linke Liste) In welcher Höhe haben 1990 Industrieunternehmen aus dem Kreise der 100 Größten Mittel für Forschungsförderung erhalten, und um welche Unternehmen handelt es sich?
67. Abgeordneter
Henn
(PDS/Linke Liste) In welchem Umfang sind Unternehmen beteiligt, die sich in den neuen Bundesländern befinden?
68. Abgeordnete
Frau Dr. Wetzel
(SPD) Lassen die bisherigen Ergebnisse des Forschungsprojektes des Bundesministeriums für Forschung und Technologie „Rezente Wasserstandsänderungen an der deutschen Nordseeküste – numerische Simulation –“ bereits verbindliche oder wahrscheinliche Antworten über die Konsequenzen für zukünftig zu erwartende Änderungen der Tidedynamik für die Deichsicherheit an der Unterelbe zu?
69. Abgeordnete
Frau Dr. Wetzel
(SPD) In welchem Zeitraum ist mit spürbaren ökologischen Veränderungen durch die für die Zukunft noch drastischer erwartete Anstiegsbeschleunigung des mittleren Tidehochwassers in der Unterelbe zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

70. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Halbbruder des irakischen Diktators Saddam Hussein, Barzan Ibrahim al-Tikriti, als Geheimdienstchef in Bagdad Tausende von unschuldigen Irakern durch persönlichen Befehl hinrichten ließ, und hat die Bundesregierung gegen seine Akkreditierung als UN-Botschafter des Iraks bei der UN-Menschenrechtskommission in Genf Einwände erhoben?
71. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU) Weshalb hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, beim Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa in Artikel IV einen Passus zu akzeptieren, wonach die im Vertrag vorgesehenen Reduzierungen von Waffensystemen erst nach Inkrafttreten des Vertrags auf der Basis der dann noch vorhandenen Systeme vorgenommen

- werden, so daß sich die Sowjetunion berechtigt fühlt, riesige Mengen an Waffen und Munition, die nach dem Vertrag zu vernichten wären, lediglich in anderen Teilen der Sowjetunion, außerhalb des Vertragsgebiets, zu stationieren, und warum wurde in den Vertrag nicht der Bestand zu einem bestimmten Zeitpunkt als Ausgangspunkt für die notwendigen Reduzierungen zugrunde gelegt?
72. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland sich wegen der Kontaktaufnahme des Schulleiters der Deutschen Schule Barcelona mit einem Bundestagsabgeordneten beschwerdeführend an das Auswärtige Amt gewandt und um entsprechende Weisung gebeten hat?
73. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß in einem Erlaß des Auswärtigen Amtes vom 20. Dezember 1990 der Generalkonsul gebeten worden ist, dem Schulleiter mitzuteilen, daß „die Einflußnahme über einen Abgeordneten nicht toleriert“ werden kann und im Wiederholungsfall als „Fehlverhalten des Schulleiters mit dienstrechtlichen Konsequenzen“ anzusehen sei, und welche Folgerungen gedenkt sie aus diesem m. E. verfassungswidrigen Vorgang zu ziehen?
74. Abgeordneter
Wallow
(SPD)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um in Kuwait nach einem eventuellen Abzug der irakischen Besatzung eine demokratische Entwicklung und soziale Gerechtigkeit zu fördern?
75. Abgeordneter
Weis
(Stendal)
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung getan, damit diese Erkenntnisse*) alle Kriegsparteien bei Ihren Bemühungen um einen Waffenstillstand und Frieden berücksichtigen?
- *) s. hierzu Frage 5
76. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung eine Initiative, die auf bilateraler oder multilateraler Ebene zu einer deutlichen politischen und wirtschaftlichen Reaktion auf die fortwährende massive Verletzung der Menschenrechte durch die Regierung des Sudan führt?
77. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung in diesem Zusammenhang für vertretbar, die Ausbildungs- und Ausbildungshilfe an den Sudan im Rahmen der militärischen Auslandshilfe der Bundesrepublik Deutschland fortzusetzen?

Bonn, den 22. Februar 1991

